che Anlagegüter gewährt wurde? Soviel zu den Grundfragen des mittelfristigen Förderkonzepts.

Selbstverständlich ist, daß die Bundesregierung natürlich bei ihrem Förderkurs von den anderen Verantwortlichen entsprechend flankiert werden muß. Tarifparteien habe ich schon angesprochen. Die westdeutsche Wirtschaft selbst ist natürlich auch massiv gefordert. Das betrifft die Industrie, die mehr als bisher in Ostdeutschland Unternehmen gründen muß, Kompetenzzentren hinverlagern muß und Industrieproduktion ausweiten muß. Der Handel muß sich verstärkt bemühen, ostdeutsche Güter in westdeutsche Regale zu bringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Handelsgespräch beim Kanzler, wo sich die großen westdeutschen Handelsketten verpflichtet haben, die Bezüge bis Ende 1998 zu verdoppeln, verglichen mit 1995. Das betrifft desweiteren die Kreditwirtschaft, die weiterhin aktiv bereit sein muß, Risikokapital und Existenzgründungen zu fördern.

Abschließend noch eine Bemerkung: Wenn alle Beteiligten, das heißt also Bundesregierung auf der einen Seite und Tarifparteien und private Wirtschaft auf der anderen Seite, diese Verantwortung wie in der Vergangenheit weiter wahrnehmen, besteht genügend Anlaß zu der Hoffnung, daß die Transformation der ehemaligen DDR in eine moderne Industriegesellschaft in den nächsten Jahren erreicht wird. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Herrn Claßen für seinen umfangreichen Einführungsvortrag. Der Blick auf die Uhr sagt mir, daß wir doch sehen sollten, daß die folgenden Kurzvorträge etwa um 10 Minuten liegen, damit wir noch diskutieren können.

Darf ich bloß zu meinem Verständnis fragen, Herr Claßen, ob ich da richtig gehört habe. Welche Zahl haben Sie zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern genannt?

Horst Claßen: 1,4 Millionen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Arbeitslosigkeit in Prozent.

Horst Claßen: 18,4 %.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): 18,4 % und dann ist das ja mit ABM und allen anderen Sachen doch noch deutlich mehr. Gut. Ich dachte, daß wir der Dame den Vorrang geben und möchte Frau Ulrike Staake, Präsidentin der IHK Cottbus, um ihren Kurzbeitrag bitten.

Ulrike Staake: Herzlichen Dank, ich werde mich bemühen, Sie nicht erneut mit Zahlen zu bombardieren und mich vielleicht auch in meinem Fragenkatalog u. a. auf das Thema Leistungen von Arbeitskräften, berufliche Qualifikation, Ausbildung usw. konzentrieren, aber man hat mich auch gebeten, ganz kurz Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, obwohl ich mich ganz deutlich

frage, warum wir überhaupt in der Wirtschaft heute noch Vergangenheitsbewältigung betreiben.

Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde die in jeder Hinsicht extrem leistungsschwache ostdeutsche Wirtschaft ohne Übergangszeit bei einem Wechselkurs von 1:1,8 zu einem einzigen großen Markt mit allem, was darin an marktwirtschaftlichen Wettbewerb herrschte, fusioniert und damit waren die Folgen klar: Was der ostdeutschen Wirtschaft an Anpassungszeit aus wohlverstandenen politischen Gründen nicht gewährt werden konnte, mußte ihr an Anpassungsgeld zugestanden werden. Wir mußten uns einfach Zeit kaufen. Den Wettbewerb mit der westdeutschen und der gesamten westlichen Welt konnten weder der Kapitalstock qualitativ noch quantitativ, noch die Produktivität, Funktionalität und Qualität der Produkte sowie das Know how der Mitarbeiter standhalten. Dieser Umstand wurde noch deutlicher, als die Kundenbasis im Comecon und in Ostdeutschland radikal wegbrach. Man brauchte eigentlich kaum eine verarbeitende Industrie in Ostdeutschland, um dessen Bevölkerung zu versorgen. Was man allerdings brauchte waren Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mußte angestrebt werden. Die Konsequenz sah so aus, daß Ostdeutschland den wirtschaftlichen Aufbau von einer Minusbasis beginnen mußte.

Die Zeiten asiatischer Wachstumsraten sind vorbei, der Aufholprozeß hat an Schwung verloren, die Sonderkonjunktur Ost, insbesondere im Bereich Bauwesen ist vorbei. Viele große Investitionen auf der Infrastrukturseite und in der Industrie sind abgeschlossen, der Aufholprozeß hat sich verlangsamt. Die Beseitigung von Standortdefiziten benötigte wesentlich mehr Zeit als ursprünglich gedacht. Zur Schaffung einer tragfähigen industriellen Basis muß investiven Transfers in die neuen Bundesländer sicherlich auch gerade im Bereich der Infrastruktur der Vorrang vor einer konsumptiven Verwendung gegeben werden.

Die Eigenleistungsquote ist zu gering, ihr Bruttoinlandsprodukt beträgt weniger als zwei Drittel der inländischen Nachfrage. Die Unternehmensbasis in den neuen Bundesländern reicht nicht aus, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Dies gilt sowohl für die Zahl, als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Noch immer ist die arbeitsteilige Verflechtung der kleinen und mittleren Industriebetriebe mit großen Unternehmen wenig entwickelt. Die Produktion ist in erster Linie durch Einzel- und Kleinserienfertigung geprägt und erreicht nicht das Produktionsniveau einer stärker vernetzten Industriegesellschaft. Es gibt kaum Systemanbieter in den neuen Bundesländern. Unternehmen, die als Zulieferer für Großunternehmen fungieren wollen, werden zukünftig stärker in den Wertschöpfungsprozeß einbezogen werden müssen.

Die Palette der Anforderungen reicht von der Vernetzung von EDV-Systemen bis zur Offenlegung von Kostenkalkulationen. Dieses Netzwerk kann dazu beitragen, daß an die Stelle kurzfristiger Geschäftskontakte langfristige Koope-

rationensbeziehungen entstehen und entstehen müssen. Die Produktivität der ostdeutschen Industrie beträgt knapp 51 % der westdeutschen Produktivität. Dies führt zu Lohnstückkosten, die ca. 34 % über den westdeutschen liegen. In der Lohnpolitik lassen sich sicherlich Fehlentscheidungen der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen, aber eine Kurskorrektur ist notwendig. Die Angleichung der Löhne an westdeutsches Niveau muß auf einige Jahre ausgesetzt werden. Es muß Raum für eine Lohnfindung geschaffen werden, die sich an der Leistungsfähigkeit der Unternehmen orientiert. In vielen Industriebetrieben ist dieser Kurswechsel durch betriebliche Vereinbarungen zum Teil unter Mißachtung der Tarifverträge vollzogen worden. Doch kann es bei einer stillschweigenden Duldung bleiben.

Ein wesentlicher Grund für dieses Produktivitätsniveau liegt in der relativ geringen Realkapitalausstattung von 50-60 % des westdeutschen Niveaus. Hinzu kommt die noch vielfach geringe Betriebsgröße, vor allem im produzierenden Gewerbe, die weitere Kostennachteile nach sich zieht. Hier addieren sich vier Strukturprobleme: Vergleichsweise hohe Lohnkosten, geringe Arbeitsproduktivität, zu niedrige Realkapitalausstattung und unterkritische Betriebsgrößen führen zu massiven strukturellen Wettbewerbsnachteilen, die sicherlich nur sehr schwer zu überwinden sein werden. Weiteren Nachteilen sind ostdeutsche Unternehmen auch im Bereich Forschung und Entwicklung ausgesetzt. Insbesondere zeigt sich u. a. auch der Charakter vieler Industriebetriebe Ostdeutschlands als verlängerte Werkbank. Damit können ostdeutsche Unternehmen und ihre Mitarbeiter nur wesentlich langsamer als ihre westlichen Konkurrenten das im internationalen Wettbewerb unerläßliche logische Know how zur Innovation von Produkten und Prozessen aufbauen. Dies ist mit Sicherheit eine der Ursachen, warum ostdeutsche Unternehmen sich hauptsächlich auf den lokalen und regionalen Absatzmarkt konzentrieren und bei der Erschließung neuer internationaler Märkte dagegen nur ungenügend vorankommen und auch oft genug versagen.

Gerade auf Forschungs- und Entwicklungs- sowie Marketingaktivitäten wirkt sich die Eigenkapitalschwäche der ostdeutschen Unternehmen negativ aus. Sie ist die Folge von vergangenen Strukturschwächen und damit Verlusten. Da ostdeutsche Unternehmen nicht annähernd über die stillen noch offenen Reserven ihrer westlichen Wettbewerber verfügen, wird der Eigenkapitalmangel zu einer gravierenden Strukturschwäche. Denn nur aus Reserven und Eigenkapital lassen sich Risikoaufwendungen für Markt, Vertrieb und Entwicklung vernünftig finanzieren. Diesem Zyklusviteriosus müssen wir vorbeugen, daher können wir nur die Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums begrüßen.

Die Markteinführung von Industrieprodukten und die Bereitstellung von Exporthilfen hat immer noch eine ganz hervorragende Bedeutung. Was aber machen Unternehmen in Ostdeutschland die das Wagnis eingingen? Was waren das für Unternehmen? Es waren staatliche Unternehmen im Eigentum der Treuhand und manche sind dies heute noch oder unfreiwillig wieder. Die Privatisierungspraxis zeigt – hinterher sind wir allerdings immer klüger – rück-

blickend teilweise Mängel: eine zu hohe Kaufpreisregelung, die zu hohen Bewertungsansätze von Immobilien, die Mehrerlös- und die Spekulationsklausel, schwammige Vereinbarungen zur Beseitigung ökologischer Altlasten, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, zu hohe Investitions- und Arbeitsplatzauflagen und eine zu schwachbrüstige Kapitalausstattung.

Dennoch ist es faszinierend, was alles gutgegangen ist. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die BVS auch in Zukunft mit einem Nachverhandlungsstau konfrontiert wird. Eine größere Flexibilität, auch heute, wäre wünschenswert. Die mittlere Entscheidungsebene ist einfach oft genug zu schwach.

Zum zweiten waren es Unternehmen, die von westdeutschen Investoren übernommen wurden, zum überwiegenden Teil als verlängerte Werkbank, zum geringeren Teil als eigenständige Werke oder Unternehmensbereiche. Waren die Investoren stark solide und im internationalen Wettbewerb integriert und erfahren, so mußten zwar Kapazitäten, Strukturen und Beschäftigung angepaßt werden, aber die Grundexistenz schien gesichert. Und zum dritten waren das Unternehmen im Rahmen von Management buy out and buy in.

Doch wie sieht es mit der Qualifikation aus? Technische Ausbildung und Fähigkeiten der ostdeutschen Unternehmer auf der ersten wie auf der operativen Ebene sind in der Regel gut. Aber natürlich fehlen noch weitgehend Know how und Erfahrungen in dem was man im Westen unter Lean Manufacturing versteht. Für den Großteil des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern sind hier noch ganz erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten gegeben. Viel zu häufig wird zentralisiert, die gesamte Entscheidungsfindung beim Chef konzentriert. So kann kein Unternehmen wachsen, und es passieren im täglichen operativen Geschäft an der Front immer wieder gravierende Probleme mit Auswirkungen auf Umsatz, Kosten und Ertrag.

Personalentwicklung und Weiterbildung ist noch ein genereller Schwachpunkt. Immer wieder fällt es Führungskräften schwer den richtigen Mittelweg im Umgang mit Mitarbeitern zu finden, zwischen Konsequenz, Klarheit und Härte auf der eine Seite und sachlicher Unterstützung, Hilfe und insbesondere Führung andererseits. Es fehlt oft an Transparenz der für die unternehmerischen Entscheidungen unabdingbaren Daten über Erlöse und Kosten, über Einnahmen und Ausgaben. Finanzmanagement, Rechnungswesen und Controlling gehören immer noch zu den Schwachpunkten. Im Bereich Marketing, Vertrieb und Service zeigt sich deutlich, daß nicht nur reines Faktenwissen, sondern vor allem Erfahrungen, Intuition und Gespür für das Machbare ein Rolle spielen. Schwächen zeigen sich in den Bereichen Einkauf und Materialwirtschaft. Es fehlt manchmal auch an der Bereitschaft, sich kämpferisch zu engagieren und auch einmal nein zu sagen, und den Konflikt zu wagen. Die Vorräte sind vergleichsweise hoch, es fehlt die notwendige Logistik-Know how.

Zutiefst sitzt vielfach noch die Erfahrung aus der Zeit der Knappheitswirtschaft. Es fehlt die Erfahrung in Ausnahme- und Krisensituationen. Dabei werden oft zwei erfolgsbestimmende Spielregeln verletzt. Zum einen die Sympto-

me eine heraufziehende Krise anhand der Finanz- und Marktdaten frühzeitig zu erkennen und zum anderen, sobald die Symptome erkennbar sind, sofort gegenzusteuern und alle involvierten Partner zu informieren und für Hilfe und für ein Maßnahmenpaket zu gewinnen.

Diese Schwachstellenanalyse können wir übrigens hautnah in einem Managementprojekt der IHK Cottbus nachvollziehen. Ca. 900 Unternehmer, leitende Angestellte also, die erste und die zweite Ebene, absolvieren ein praxisorientiertes mehrmonatiges Coaching. Hier ist noch viel zu tun. Unser Motto heißt: „Wer in den Fußstapfen anderer läuft, kann nie überholen." In der Berufsausbildung sind wir auf Überholkurs. Lassen Sie mich stellvertretend die Ausbildungsplatzsituation der Region Cottbus schildern. Der Wirtschaft ist es auch 1996 gemeinsam mit dem Arbeitsamt und der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer gelungen, 6.100 Lehrstellenbewerbern einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. Insgesamt hatten sich 8.400 Jugendliche als suchend beim Arbeitsamt gemeldet. Das restliche Drittel entschied sich jedoch für einen weiteren Schulbesuch, Studium, Praktikum, Arbeitsaufnahme oder sonstige berufliche Alternativen. Die Zahl der Bewerber steigt überproportional gegenüber dem Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot. 1996 bewarben sich 1.100 Jugendliche mehr um eine Lehrstelle, das entspricht einem Plus von 15 % gegenüber 1995. Erschwerend kommt hinzu, daß sich auch immer mehr Abiturienten für eine Ausbildung und gegen ein Studium entscheiden. 1996 wurde jeder dritte IHK-Ausbildungsvertrag mit einem Abiturienten geschlossen. Viele Jugendliche bevorzugen sogenannte Traumberufe, vornehmlich im Dienstleistungs- und Verwaltungssektor. Sie glauben, daß das sichere Arbeitsplätze sind. Gerade hier aber ist das Ausbildungsplatzangebot aufgrund der regionalen Wirtschaftsstruktur besonders dünn. 600 Jugendliche wanderten daher in das Altbundesgebiet ab. Das ist eine Steigerung von 50 % zu 1995. Schwierig ist die Situation für Mädchen mit kaufmännischen Berufswünschen. Leider konzentriert sich die Bandbreite der Ausbildungswünsche auf zu wenige Berufe.

Die schwierige Wirtschaftslage zwingt die Unternehmen Personal abzubauen, was sich auf das Lehrstellenangebot natürlich niederschlägt. Deutliche Einbrüche gab es vor allem in der Bau- und Metallbranche und im Einzelhandel. 1996 mußten allein 300 Auszubildende aus Konkursbetrieben erneut vermittelt werden, um die Ausbildung ordnungsgemäß abschließen zu können. Beim Sockel der nicht zu vermittelnden Jugendlichen verhinderten oft geringe schulische Leistungen, fehlende Mobilität und Motivation eine sofortige Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis. Die voraussichtliche Ausbildungsplatzlücke wird 1997 bei ca. 1.300 Bewerbern liegen. Akquirieren werden das Arbeitsamt, die Handwerkskammer und die IHK deshalb in 1997 vornehmlich bei Unternehmen, die noch gar nicht oder nicht mehr ausbilden. Ca. 12.000 Betriebsbesuche sind eingeplant. Das Kernstück unserer Aktivitäten, ist das Klinkenputzen und nicht die Sonntagsreden, auch nicht die großen Appelle. Darüber hinaus werden sich Handwerkskammer und IHK dafür einsetzen, daß die neuen Ausbildungsberufe schnellstens vom Bundeswirtschaftsministerium er-

lassen werden – darunter die vier neuen Berufe in der Information zur Kommunikationstechnik –, Ausbildungsvergütungen durch die Tarifparteien eingefroren bzw. gesenkt werden, was die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöhen wird, die Berufschulzeiten flexibilisiert werden, d. h. für die Betriebe organisationsfreundlicher gestaltet werden. Weitere Probleme sind die Straffung der Berufsschulzeiten, die Zusammenlegung halber Berufsschultage zu ganzen Berufsschultagen und insbesondere auch die Einbindung des öffentlichen Dienstes.

Ein weiterer Mosaikstein bei der Lehrstellengewinnung ist die Ausbildung im Verbund. 1996 sind 31 Verbünde aus 62 Betrieben in unserer Region entstanden. Dies sind als Vergleich 2 mal so viel wie in Nordrhein-Westfalen. Ein interessantes Nischenthema.

Abschließend einige Worte zur Förderpolitik. Bei der bisherigen Wirtschaftsförderung konnte es nicht ausbleiben, daß auch Fehlinvestitionen getätigt wurden. So etwas ist unvermeidlich, wenn die Förderpolitik nach dem Prinzip trial and error vorgehen muß. Gegebenenfalls müssen auch schlagzeilenträchtige Unternehmenszusammenbrüche hingenommen werden. Allerdings kann es nicht die Aufgabe des Staates sein, Unternehmen, die im Markt keine Überlebenschancen haben, dauerhaft unter seine Fittiche zu nehmen. Wir brauchen den Mut zur Lücke, zum weißen Fleck und dies, sagen wir, in einer Randregion von Ostdeutschland.

Die umfangreichen Fördermaßnahmen waren eine unverzichtbare Voraussetzung für den Aufbau. Die Fortsetzung einer Sonderförderung bleibt geboten, Abstriche sind nicht möglich, aber auch eine erfolgreiche Förderpolitik gehört auf den Prüfstand. Die derzeitige Förderpolitik ist gekennzeichnet durch eine nicht mehr überschaubare Zahl von Programmen, die von seiten der EU, des Bundes und der Länder angeboten werden. Komplizierte Zugangsverfahren sind mit Blick auf den angestrebten Förderzweck kontraproduktiv. Die Vielzahl von Genehmigungsstellen zeigt, daß zumindest bei der Anzahl von Förderprogrammen des Guten zu viel getan worden ist. Statt bei der Entwicklung neuer Programme immer nur oben zuzulegen, sind Entscheidungen zur Straffung der Förderpolitik erforderlich. Um eine Straffung zu erreichen, ist zur Stärkung der Investitionsfähigkeit eine Basisförderung festzulegen. Eine kleine Anzahl von Sonderprogrammen mit transparenten Zugangsbedingungen ist gefragt und reicht aus. Eine stärkere Koordination zwischen Landes- und Bundespolitik wird erforderlich. Hier darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Es findet ein Schönheitswettbewerb zwischen den Regionen statt, und die Marktakteure tun gut daran, sich klar zu machen, daß ein Kirchtumdenken nicht aus der Sackgasse führt.

Förderinstrumentarien müssen vor Ort zusammengeführt werden. In Ostdeutschland ist der Strukturwandel noch lange nicht abgeschlossen. Die Erfahrungen, auch in Westdeutschland haben gezeigt, daß sich der Aufbau von international wettbewerbsfähigen Industrien eben nicht innerhalb von 6 Jahren

vollzieht. Aber wir müssen offener darüber reden, und dieses sicherlich nicht in Form von Sonntagsreden. Herzlichen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Frau Staake. Ich möchte nun Herrn Dr. Hielscher, Unternehmer und Vizepräsident der IHK, hier in Dresden das Wort geben. Er ist ja ein Platzhirsch, möchte ich fast sagen, und ich denke, wir können in seinen Bemerkungen auch erwarten, daß wir noch einmal zu einem gewissen Orts- oder Landesbezug kommen. Bitte Herr Hielscher.

Dr. Günter Hielscher: Ja, schönen Dank, Herr Dr. Jork, werter Herr Vorsitzender, werte Mitglieder der Enquete-Kommission. Ich möchte mit meinem Beitrag einen Situationsbericht geben und nicht zu sehr in der Vergangenheit schwelgen und mich auch nicht in der gesamten Breite, was das Thema zuläßt, auslassen. Dazu haben sich Herr Claßen und Frau Staake schon sehr umfassend geäußert.

Ich möchte zunächst die Situation aus meiner Sicht mit ein paar Sätzen charakterisieren. Die wirtschaftliche Lage in der Industrie ist insgesamt weiterhin angespannt. Positive Entwicklungen in ausgewählten Branchen stimmen hoffnungsvoll. Ein Durchbruch in aller Breite in der Weise vergleichbarer Industriebranchen zu den alten Bundesländern ist noch nicht in Sicht. Der selbsttragende Aufschwung wird noch einige Jahre unternehmerische Aufbauarbeiten in den neuen Bundesländern und solidarische Unterstützung durch die alten Bundesländer benötigen. Das bisher Geleistete nötigt Respekt ab und verdient Anerkennung. Der nötige Kapitalaufwand und der Zeithorizont wurden bisher falsch eingeschätzt.

Ich möchte auch hier gleichzeitig als einen wichtigen Ausblick anschließen, daß wir dann von einer Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit möglicherweise sprechen können, wenn es uns gelingt, die gegenwärtige Wirtschaftsleistung pro Einwohner zu verdoppeln. Ich will das an zwei Zahlen verdeutlichen. Wir haben gegenwärtig eine Umsatzgröße je Einwohner in den alten Bundesländern von 46,6 auf 1.000 DM und in Sachsen von 23,9 auf 1.000 DM. Sachsen liegt etwas unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Daran wird schon erkennbar, wie sich das Bruttoinlandsprodukt 1995 gegenüber dem, was in den alten Bundesländern erwirtschaftet wird, darstellt. Insofern relativieren sich auch die Angaben, die Ihnen von Herrn Claßen aus dem BMWi zur Kenntnis gegeben worden sind.

Ich möchte auf ein paar Schwerpunkte dezidiert eingehen, die auch bei Frau Staake schon angesprochen worden sind, aber ich möchte sie im Zusammenhang darstellen. Vielleicht wäre es die günstige Gelegenheit, wenn ich jetzt hier an dieser Stelle zu Wort komme. Zum Umsatz hatte ich mich bereits geäußert, er ist zu verdoppeln.

Des weiteren zur Frage der Lohnentwicklung und der Produktivität. Hier ist festzustellen, daß die Produktivität hinter der Lohnentwicklung hinterherhinkt. Hierin liegt eines der ganz wesentlichen Hemmnisse innerhalb der mittelstän-